

II-6684 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3335/1J

1992-07-10

A N F R A G E

des Abgeordneten Srb und FreundInnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Ablehnung der Förderung des *Frauentreffpunktes Mostviertel*

Der *Frauentreffpunkt Mostviertel* wurde 1989 als Beratungsstelle von Frauen für Frauen gegründet. Schwerpunkte der Beratungstätigkeit sind: Beratung von einkommenslosen Frauen, Hilfe bei der Berufswahl, Hilfe bei der Suche nach Arbeits- oder Ausbildungsplätzen, Beratung bei familiären Problemen, Gesundheitsberatung und Rechtsberatung.

Bis 31.3. 1992 waren im Frauentreffpunkt 5 Frauen (2 davon halbtags) beschäftigt. Die Kosten teilten sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMAS 2 Millionen S, BMUJF 500.000,-/Jahr).

Ein neuerlicher Finanzierungsantrag für das Jahr 1992/93 über 1,6 Millionen Schilling (die restlichen Kosten von 1 Million teilen sich das BM für Umwelt, Jugend und Familie und das Frauenministerium) wurde von Ihnen abgelehnt. Und dies, obwohl der Antrag vom Verwaltungsausschuß im Landesarbeitsamt und auf Beamtenebene im Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund der guten Erfolge im Vorjahr positiv dem Beirat für Sozialpolitik vorgelegt wurde.

Nach der Ablehnung durch den Beirat (es wurde dem Verein übrigens nie eine Begründung mitgeteilt), wurde Ihnen der Antrag nochmals mit einer eindeutigen Befürwortung durch die Beamten zur Vorlage gebracht. Sie entschieden trotzdem dagegen.

Bis heute, 10.7.1992 hat der Verein keine schriftliche Mitteilung von der Ablehnung erhalten!

Es müssen bereits Mitarbeiterinnen gekündigt werden, da die laufenden Kosten nicht mehr abgedeckt werden können.

Wir finden diese Vorgangsweise höchst unverantwortlich und richten daher an Sie, Herr Bundesminister, folgende

A N F R A G E

- 1) Warum hat der Frauentreffpunkt Mostviertel bis heute keine schriftliche Benachrichtigung von der Ablehnung seines Förderansuchens für das Jahr 1992/93 erhalten?

- 2) Mit welcher Begründung verweigern Sie dem Frauentreffpunkt die Weiterförderung, obwohl er bereits eine etablierte und vielbenutzte Einrichtung ist und bereits zu 40 % von anderen Stellen finanziert wird?

- 3) Mit Ihrer negativen Entscheidung machen Sie eine jahrelange Aufbauarbeit, die zum großen Teil unentgeltlich für die Aufgaben der AMV geleistet wurde, mit einem Schlag zunichte. Ist dies Ihrer Meinung nach im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik?
- 4) Der ehrenamtliche Vorstand des Vereines steht nun vor dem Problem, einerseits die Förderverträge mit den anderen beiden Ministerien einhalten zu müssen, andererseits die laufenden Kosten für den Betrieb und die Gehälter nicht mehr zahlen zu können. Eine schwangere Mitarbeiterin mußte auf Ihren Kündigungsschutz verzichten und schied aus dem Beraterinnenteam aus. Mindestens eine weitere Mitarbeiterin muß in Kürze gekündigt werden.
Wie verantworten Sie die prekäre finanzielle Situation, in die der Verein durch Ihre ablehnende Haltung gekommen ist?
- 5) Im Frauentreffpunkt Mostviertel wurden in knapp 8 Monaten 180 Klientinnen mit AMV-relevanten Problematik in 509 Gesprächen beraten (insgesamt suchten in diesem Zeitraum mehr als 300 Frauen Rat und Hilfe im Frauentreffpunkt).
Dies entspricht ganz klar den Richtlinien der AMV!
Nach welchen Kriterien gingen Sie bei Ihrer Entscheidung vor?
- 6) Der Verein ist derzeit aufgrund der fehlenden Information von Ihrer Seite auf Gerüchte angewiesen, eine besonders unwürdige und schlimme Situation. Wir ersuchen Sie, im Rahmen dieser Anfrage eine ehrliche Antwort auf folgende Fragen zu geben:
 - a) Hat es politische Interventionen gegen das Projekt Frauentreffpunkt Mostviertel gegeben?
Wenn ja, von wem kamen die Interventionen?
 - b) Ist die politische Unabhängigkeit bzw. Parteiferne der Projektfrauen der Hinderungsgrund für eine Weiterförderung?
- 7) Planen Sie, den Verein Frauentreffpunkt Mostviertel weiterzufördern?